

C.B.

GESCHICHTLICHES EUPEN

*Herausgegeben
mit der Unterstützung
der Deutschsprachigen Gemeinschaft
vom
Eupener Geschichts- und Museumsverein
Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht*

Band LI, 2017

GEV

holls douw dech .dr Du't!«. »Dat fälltde noch,« grommde dr Papp, »hannt vr neit ald Tiet genocht verlore?« »Tiet off neit Tiet«, saat de Mamm än ene Tu'n, de ooch dr Papp rote schwijje, »Gesundheit es wecheger! Üp de nächste Plaatsch wärd gehauwwe!«

Än esu' word et gedohne. De Mamm verschwaund met Luwißke än sene Koffer än wi di Twej tröckkomme meint dr Papp: »Noch twejmo'l esu', dann könne vr ömkihrel!«

Veer sönd du ehl neit ömgekirt. Wi vr ehl öm de Meddaag aankomme, du hannt vr terösch ens bes an dr andere Möre geschlo'pe.

Et rännde jo' ehl!

Die langen Schatten der Nachkriegszeit Zur Eupener Bürgermeisterrfrage 1964-65

Bürgermeisterfragen

Beim Blick in die Forschung zur jüngeren Vergangenheit der Stadt Eupen fällt auf, dass dort recht häufig von „Bürgermeisterfragen“ die Rede ist. Tatsächlich werden drei Ereignisse im 20. Jahrhundert mit diesem Titel bezeichnet: 1. die Nictlernennung von Léon Trouet (1887-1944) als Bürgermeister von Eupen im Jahr 1928 und die Bezeichnung des Amtsbürgermeisters Hugo Zimmermann (1892-1964)¹; 2. der Druck der Eupener CSP auf Zimmermann, die Amtsbürgermeisterschaft zu beenden und sich den Wählern zu stellen, der 1952 akut wurde²; 3. die Nictlernennung von Hubert Mießen (1908-1991) als Bürgermeister von Eupen im Jahr 1965 und ihre Auswirkungen auf die CSP³. Diese Ereignis-

1) Zuerst in Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76 (Sonderdruck), 1964, S. 205-515, hier S. 337-339; zuletzt: Heinz Warray, Belgiens wiedergefundene Brüder. Eupen-Malmedy 1920-1940 im Brüsseler Parlament. Streizung durch die Debatten über die Cantons rédmés Eupen, Grenz-Echo, 2012, S. 290-291; Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel, Peter Lang, 2013, S. 119-122.

Der Verfasser dankt Werner Mießen und Freddy Cremer für Korrekturen und Anmerkungen sowie Koen Aerts und Nico Wouters für hilfreiche Hinweise.

2) Carlo Lejeune, Die Eupener Bürgermeisterrfrage von 1952, in: Liber Amicorum Alfred Minke, Brüssel, Generalstaatsarchiv, 2011, S. 233-240.

3) Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft (III. Teil), in: I&M, 1994, 4, S. 4-15, hier S. 9-11; Hubert Jennings, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebietes in Belgien (1968-1972), Eupen, Grenz-Echo, 2001, S. 80-87; Werner Mießen, Hubert Mießen – eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Christoph Brüll (Hg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen, Grenz-Echo, 2012, S. 163-190, hier S. 181-185; Christoph Brüll, Freddy Cremer und Werner Mießen, „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ Verzerrende Geschichtsbilder und fehlendes Selbstbewusstsein, in: Carlo Lejeune und Christoph Brüll (Hg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen, Grenz-Echo, 2014, S. 46-103.

nisse stehen nicht nur stellvertretend für politische Entwicklungen in der Stadt Eupen – und darüber hinaus –, sondern spiegeln auch den Umgang mit der jüngsten Vergangenheit in Ostbelgien wider.

Der Rechtsanwalt Léon Trouet war zwischen 1922 und 1925 Mitarbeiter der Übergangsverwaltung des Hohen Kommissars Herman Baltia gewesen und amtierte als Erster Schöffe und kommissarischer Bürgermeister in Eupen, als ihm in den Jahren 1927-1928 nicht weniger als drei aufeinanderfolgende Innenminister in Brüssel die endgültige Ernennung verweigerten. In den für eine solche Entscheidung maßgeblichen Lütticher Provinzialbehörden unter dem Gouverneur Louis Pirard hatten „Zweifel an der probelgischen Einstellung“ Trouets geherrscht. Der gescheiterte Kandidat ließ sich schließlich in den 1930er Jahren als Notar nieder. Er wurde nach dem deutschen Einmarsch 1940 von der Gestapo verhaftet und starb 1944 in einem Kölner Gefängnis an den Folgen der Haftbedingungen.

Anstelle Trouets berief die Regierung einen Amtsbürgermeister, also ein beamtetes Stadtoberhaupt, das im Gegensatz zu den belgischen Gepflogenheiten nicht aus dem Kreis der gewählten Mitglieder des Stadtrates bestimmt wurde. Mit Unterbrechung der Kriegsjahre übte der aus Berlin gebürtige Hugo Zimmermann dieses Amt zwischen 1928 und 1958 aus. Anschließend amtierte er noch bis 1964 als auf der CSP-Liste in den Stadtrat gewähltes Stadtoberhaupt. Während in Eupen an Hugo Zimmermann zumeist aufgrund seines Engagements für den Bau der Wesertalsperre erinnert wird, hat die historische Forschung ein deutlich kritischeres Bild des Eupener „Ehrenbürgers“ gezeichnet. Freddy Cremer und Werner Mießen haben Zimmermanns Auftruf zur Denunziation zurzeit der „Säuberung“ und seine ideologische Sicht auf die regionale Vergangenheit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs analysiert⁴, Carlo Lejeune hat weitere politische Stellungnahmen Zimmermanns aus der Nachkriegszeit untersucht, die einer Glorifizierung der Person eigentlich keinen Raum mehr lassen.⁵

4) Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft (II. Teil), in: I&M, 1994, 3, S. 3-13, hier S. 6; ders. und Werner Mießen, Spuren. Materialien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Eupen, Selbstverlag 1996, S. 17-18.

5) Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 1: Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1944), Büllingen, Lexis, 2005, S. 149-152; ders., Die Säuberung, Bd. 2: Hysterie, Wiederangliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen, Lexis, 2007, S. 224-225.



Kommentar: Hugo Zimmermann und Dr. Hubert Mießen begrüßen Königin Fabiola bei ihrem ersten Besuch in Eupen im Mai 1961. Quelle: Privatarchiv Werner Mießen.

Als Zimmermann im April 1964 starb, wurde kein Nachfolger ernannt, sondern der Erste Schöffe, Hubert Mießen, zum diensttuenden Bürgermeister bestimmt. Für den 11. Oktober 1964 waren ohnehin landesweit die Gemeinderatswahlen angesetzt. Bei diesen trat Mießen als Spitzenkandidat der CSP an und erzielte einen hohen Wahlsieg. Die Wahl ging jedoch in eine zähe und schmerzhaft verlängerte. Weder der christlich-soziale Innenminister Arthur Glison noch sein sozialistischer Nachfolger Alfons Vranckx gaben der Ernennung Mießens zum Bürgermeister ihre Zustimmung. Mit über einem Jahr Verspätung legte am 7. Januar 1966 ein neuer Eupener Bürgermeister seinen Eid ab. Die ohne formale Probleme erfolgte Ernennung Reiner Pankerts war zugleich Endpunkt der dritten Eupener Bürgermeisterfrage innerhalb von vier Jahrzehnten und Startpunkt einer Entwicklung, die den politischen Katholizismus in Ostbelgien in seinen Grundfesten erschüttern sollte.

Schöffentage

Die Querelen um Hubert Miefßen und dessen letztendliche Nichternennung waren nicht die ersten Turbulenzen, die diese Personale in Eupen und innerhalb der Eupener CSP ausgelöst hatte. Bereits Miefßens Aufstellung als Kandidat und seine Wahl zum Schöffen 1958-1959 hatten die Emotionen hochschlagen lassen. Dabei war es ein wahrhaftiger Coup, den der neu ins Amt gekommene Vorsitzende der Eupener Lokalsektion Viktor Nyssen gelandet hatte.⁶ Hubert Miefßen sollte das Stimmreservoir derjenigen mobilisieren, die die „Säuberung“ der Nachkriegszeit als ungerecht und unverhältnismäßig empfanden. Damit wollte man dieser Gruppe ein Sprachrohr geben und gleichzeitig gegen die hohe Zahl an Stimmenthaltungen („Weißwähler“) vorgehen, die in den so genannten Ostkantonen deutlich über dem Landesdurchschnitt lag.⁷

Hubert Miefßen, der aus Lontzen stammte, hatte vor dem Krieg in Löwen Jura und Philosophie studiert und als Rechtsanwalt in Eupen gearbeitet, eine Funktion, die er auch nach der deutschen Annexion weiter ausübte, bevor er in die Wehrmacht eingezogen wurde. Dort kämpfte er nach seiner Ausbildung zunächst an der Ostfront, bevor er als Französischlehrer in Dolmetscherkompanien und Verbindungsmann im besetzten Frankreich eingesetzt wurde. Nach dem Krieg wurde er zu fünf Jahren Gefängnis und dem Verlust der bürgerlichen Rechte auf Lebenszeit verurteilt.⁸ Letztere Strafe wurde 1955 aufgehoben. Zudem verlor er kurzzeitig seine belgische Staatsangehörigkeit. Außerdem wurde sein Familienbesitz bis 1952 unter Sequester gestellt. Schwerwiegend wog schließlich das von der Anwaltskammer ausgesprochene Berufsverbot, infolgedessen Hubert Miefßen seit den 1950er Jahren als Notaratssekretär arbeitete.

Nachdem er schon im Jahr 1946 nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in England einige Monate im Gefängnis von Verviers-Heusy verbracht hatte, verblüßte er hier auch von 1948 bis 1950 seine Haftstrafe. Er wurde schließlich unter Auflagen und auf Bewährung freigelassen. Unter den Anklagepunkten bei seinem Prozess im Jahre 1947 waren offensichtlich falsche Vorwürfe gewesen, die teils auf Verwechslungen oder schlichtem Unverständnis beruhten. Die Verurteilung resultierte

schließlich aus – vom Angeklagten unwidersprochen gelassenen – Gründen: seiner Mitgliedschaft in der SA, im NS-Rechtswahrerbund und im Eifelverein. Der Blick in die Ermittlungs- und Prozessakten, die sein Sohn Werner vor einigen Jahren in sachlicher Art und Weise ausgewertet hat, zeigt gewiss keinen nationalsozialistischen Überzeugungstäter, sondern führt uns einen Mitläufer vor, der es für seine persönliche Situation als Anwalt erforderlich hielt, in NS-Organisationen einzutreten. Auch mit seiner SA-Mitgliedschaft war Miefßen kein Einzelfall.⁹ In den Augen der Richter wogen zwei Faktoren schwer, die sie Miefßen als Landesverräter betrachten ließen: die Tatsache, dass er belgischer Soldat gewesen war, der noch im Achtzehn-Tage-Feldzug gegen die einmarschierende Wehrmacht gekämpft hatte, und seine Rolle als Intellektueller, von denen es im Ostbelgien der Zwischenkriegszeit ja nicht allzu viele gab, womit Miefßens Biographie gerade in diesem Punkt auch nicht als repräsentativ für die hiesige Bevölkerung anzusehen war. Dass die Richter mit ihrem Urteil an einem intellektueller, der als eine politische Führungspersönlichkeit betrachtet wurde, ein Exempel statuieren wollten, ist somit kaum überraschend. Dies hatte schon Miefßens Anwalt Pierre Van Werweke, der ehemalige Generalsekretär der Batina-Verwaltung, so angemerkt – im Krieg waren ironisch-tragischerweise die Rollen genau umgekehrt gewesen: Miefßen hatte als Rechtsanwalt für den von den deutschen Behörden inhaftierten Van Werweke fungiert.

Ein Punkt in der Biographie Miefßens hatte im Prozess gar keine Rolle gespielt: seine Spitzenkandidatur für die Rex-Partei anlässlich der Kommunalwahlen im Jahr 1938.¹⁰ Zu dieser Zeit waren die meisten Mitglieder von Léon Degrelles Bewegung eher antideutsch eingestellt und hatte Rex noch wenig von der Organisation, die sich nach 1940 mit Haut und Haaren in die politische Kollaboration begab.¹¹ Auch in Eupen stand Rex vor dem Krieg gegen die Heimattreue Front.¹² So muss man Miefßens Engagement wohl eher als Engagement gegen die als verkrustet wahrgenommenen Strukturen der Katholischen Union werten, wahrscheinlich veranlasst von seinem Rechtsanwaltskollegen René Wintgens, der von 1936 bis 1939 für Rex in der Kammer saß. Dass Miefßen 1958 mithin nicht zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl kandi-

⁹ Martin R. Schäfer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmédy im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a.M./Bern, Peter Lang, 1978, S. 173.

¹⁰ Miefßen, Hubert Miefßen, S. 166-167.

¹¹ Alain Collignon, La collaboration francophone: autopsie post-mortem, in: José Gotovitch und Chantal Kesteloot (Hg.), Collaboration, répression. Un passé qui résiste, Bruxelles, Labor, 2002, S. 11-38.

¹² Pabst, Eupen-Malmédy, S. 417-421.

⁶ Zum Folgenden: Cremer, Annexion (III), S. 9-10; Jenniges Kullissen, S. 81-82.

⁷ Brill/Cremer/Miefßen, Geschichtsbilder, S. 51.

⁸ Das Folgende bei Miefßen, Hubert Miefßen, S. 169-178 mit ausführlichen Zitierten aus den Gerichtsakten.

dierte, ist nach 1945 von niemandem mehr aufgegriffen worden und kam in den Debatten dementsprechend nicht vor. Dies mag überraschen; gerade dem wichtigsten Verteidiger Mießens, Grenz-Echo-Chefredakteur Henri Michel, musste dieser Sachverhalt bekannt sein. In einer ausführlichen Biographie Mießens müssten die Motivationen für sein Engagement bei Rex jedoch einmal genauer untersucht werden.

Mit der Aufstellung von Hubert Mießens bei der dritten Gemeinderatswahl nach dem Krieg setzte die CSP auch eine Politik fort, die seit dem Ende der 1940er Jahre für eine Abmilderung der Säuberungspolitik geworben hatte.¹³ Darüber hinaus trieb die CSP als Sammelbeckenpartei, die bei Parlamentswahlen auf über 70 Prozent der Stimmen kam, auch die Befürchtung um, die Nichteingliederung der von der „Säuberung“ Betroffenen könne auf abschbare Zeit zur Gründung einer „Heim-ins-Reich“-Partei und damit zum Wiederaufleben der politisch-gesellschaftlichen Situation in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen führen. Dass diese Befürchtung eher imaginiert war, als dass sie den Tatsachen entsprungen wäre, ist nachrangig, bestimmte sie doch in jedem Fall die Politik der deutschsprachigen CSP über lange Jahre hinweg.¹⁴

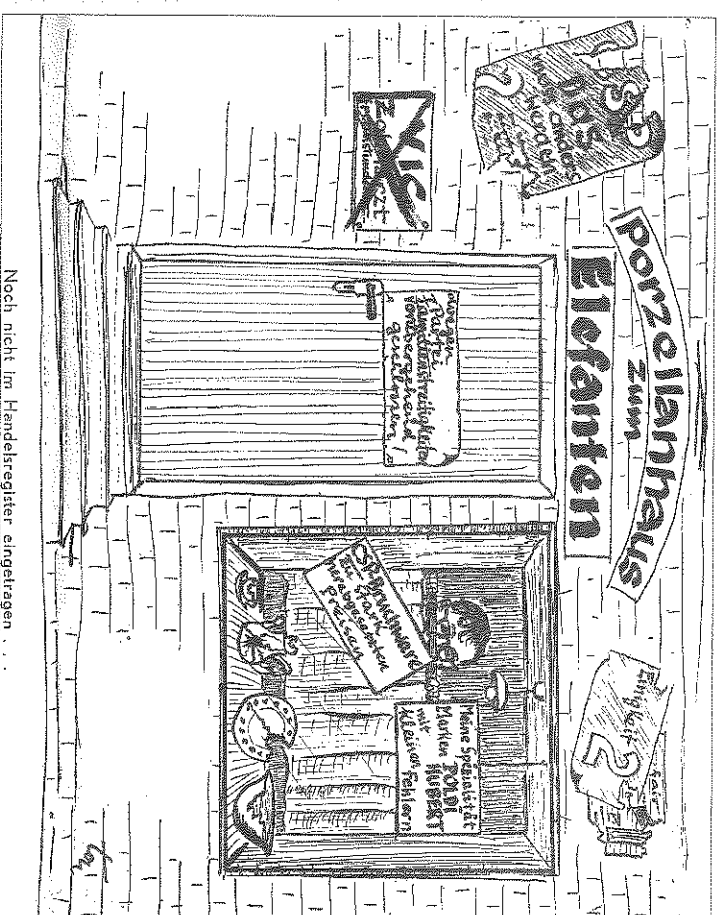
Bereits bei den parteiinternen Vorwahlen zu den Gemeinderatswahlen 1958 war es zu Auseinandersetzungen gekommen.¹⁵ Nachdem Joseph Scheen, Joseph Zimmermann und Joseph Barthelémy nicht bzw. nicht mehr den Sprung auf die CSP-Liste schafften, bildeten sie eine christlich-unabhängige Liste, die die Alleinherrschaft ihrer alten Partei aufbrechen sollte. Bei den Wahlen vom Oktober 1958 erzielte die CSP neun Sitze, die „Dissidenten“ kamen auf drei Sitze, während die Sozialisten nur einen Sitz erhielten.

Das Kalkül von Viktor Nyssen und dem CSP-Schöffen Jean-Jacques Lechat war voll aufgegangen, hatte doch Hubert Mießens mit 1.200 Stimmen auf Anhieb die meisten Vorzugsstimmen auf sich vereint. Doch damit fingen die Schwierigkeiten erst an. Als die CSP-Spitze neben Bürgermeister Zimmermann und dem ausscheidenden Schöffen Leopold Nyssen zwei neue Schöffen für das Kollegium vorschlug, Franz Krings

13) Lejeune, Säuberung, Bd. 2, passim.

14) Jenniges, Kulissen, S. 82; Christoph Brill, Charles-Ferdinand Nothomb et les Belges germano-phones: contribution à l'histoire des relations entre PSC et CSP, in: Philippe Annaert, Vincent Du Jardin et Catherine Lanneau (Hg.), Charles-Ferdinand Nothomb. Un homme d'État, une époque, Bruxelles, Generaalschatsarchiv, 2017, im Erscheinen.

15) Das Folgende bei Cremer, Annexion (III), S. 10.



Die Karnevalisten schlachten die Uneinigkeit der CSP in der „Schöffensfrage“ aus. „Vic“ steht für den Lokalvorsitzenden Dr. Viktor Nyssen – der aus dem Fenster schaut –, mit „Poldi“ ist Schöffe Dr. Léopold Nyssen gemeint, „Hubert“ steht für Dr. Hubert Mießens, dessen Wahl am Ursprung der „Schöffensfrage“ stand.

Quelle: Narrenpost, [Eugen 1959].

und Hubert Mießens, wechselten zwei der ausscheidenden Schöffen, Paul Franck und Joseph Klever, die Seiten, womit die Mehrheit der CSP auf 7 zu 6 Stimmen zusammenschmolz.

Da Hubert Mießens sich noch in einem schwebenden Rehabilitierungsverfahren befand, wurde an seiner Stelle zunächst Jean-Jacques Lechat zum Schöffen gewählt, der das Amt jedoch nur zeitweilig ausüben wollte. Genau ein Jahr nach der Wahl wurde Hubert Mießens – dessen erster Versuch, die Rehabilitation zu erlangen, zwischenzeitlich gescheitert war – schließlich am 12. Oktober 1959 zum Schöffen gewählt. Den Sitzungsverlauf hat Freddy Cremer als „Paradebeispiel unverarbeiteter ostbelgischer Geschichte“ bezeichnet. Während der CSP-Fraktionsvor-

sitzende Karl Willems die Sammelbeckenfunktion seiner Partei als Gewähr für „eine echte und vollkommene belgisch-nationale Assimilierung der Ostkantone“¹⁶ sah und die Kandidatur Mießens verteidigte, trat Oppositionsführer Bartholomy mit seinen belgischen Verdienstorden auf und erklärte: „Wenn wir Dr. Mießens wählen, stärken wir die Gruppe, von der wir wissen, dass sie schon wieder in Bonn waren und dass sie immer noch nichts hinzugelernt haben.“¹⁷ Für die anschließende Eidesleistung verließ die Opposition den Saal.

Hubert Jenniges hat darauf hingewiesen, dass Bartholemys emotionale Rede im Widerspruch zu dessen sonstigem Auftreten stand. Schon im Mai 1945 hatte er, der 1940 vor den Deutschen ins Landesinnere geflüchtet war, zur Besonnenheit gemahnt und Rachegefühle verurteilt, womit er sich in Widerspruch zu den aufpeitschenden Reden Hugo Zimmermanns in dieser Zeit begeben hatte.¹⁸ Seine Anspielung auf Bonn und die damit verbundene Unterstellung von „Heim-ins-Reich“-Tendenzen traf jedoch mit Hubert Mießens ohne jeden Zweifel den Falschen. Völlig aus der Luft gegriffen war sie jedoch nicht. Im Umfeld der gescheiterten Zeitung *Neue Nachrichten* (sie erschien von 1955 bis 1958) und der Zeitschrift *Der Wegweiser* gab es tatsächlich Personen, die aus Bonn geheime finanzielle Unterstützungen erhielten – diese zielten jedoch niemals auf die Förderung einer wirklichen deutschfreundlichen oder gar revisionistischen Partei ab.¹⁹

Die im Lager der CSP aufgetretenen Risse waren jedoch nicht mehr zu kitten.²⁰ Der diensttuende Bürgermeister Hubert Mießens stand schließlich sogar ohne Ratsmehrheit da, nachdem sich die Ersatzkandidaten, die 1963 für den ausscheidenden Leopold Nyssen und 1964 für den verstorbenen Hugo Zimmermann in den Rat nachrückten, ebenfalls auf die Seite der Opposition schlugen. Wie bei Paul Franck und Joseph Klever reagierte die CSP auch in diesem Fall – betroffen waren Simon Hauseux und Charles Kemper – mit einem Parteiausschluss. In dieser Situation versprach der Wahlkampf im Herbst 1964 besondere Spannung.

16) J. Ge. [Joseph Gerckens]. Weitere mehr als zweistündige Sitzung des Eupener Stadtrates, in: *Grenz-Echo*, 13.10.1959, S. 4-5, hier S. 4.

17) Ebdenda.

18) Jenniges, *Kullissen*, S. 83.

19) Christoph Brill, Vom Reichsbeauftragten für Eupen-Malmédy zum Staatssekretär der Regierung Adenauer: Franz Theddeck (1900-1995), in: ders., Peter M. Quadtlig und Elis Herrebout (Hg.), *Eine ostbelgische „Stunde Null“: Eliten aus Eupen und Malmédy vor und nach 1944*, Brüssel, Generalstaatsarchiv, 2013, S. 87-105, hier S. 95-97.

20) Das Folgende bei Cremer, *Annexion* (III.), S. 10.

Die bisherige Forschung zur Eupener Bürgermeisterfrage von 1964/65 hat sich hauptsächlich auf Presseberichte und einige wenige Archivdokumente stützen können. Daraus folgt, dass sie weniger am Ablauf der Ereignisse als am Resultat und an den Folgen interessiert war. Auslöser für den vorliegenden Beitrag war jedoch die Möglichkeit, erstmals die im Innenministerium angelegten Akten zu den Bürgermeisterernennungen einsehen zu können, die im Brüsseler Generalstaatsarchiv aufbewahrt werden.²¹ Auf der Grundlage der dort gefundenen Dokumente erwies sich eine erneute Durchsicht der regionalen Presse als notwendig. So wurden für diesen Beitrag die Ausgaben des *Grenz-Echos* zwischen dem 18. September 1964 (Beginn des Wahlkampfs) und dem 7. Januar 1966 (Ernennung Reiner Pankerts) und die der *Aachener Volkszeitung* (Ostbelgienbeilage) seit ihrem ersten Erscheinen am 8. März 1965 konsultiert. Dabei wurden erstmals auch die Leserschriften in die Analyse integriert, deren Anonymität jedoch zahlreiche Probleme aufwirft. Zur Analyse der Rundfunkberichterstattung sind leider weder Ton- noch Schriftaufzeichnungen des Belgischen Hörfunks erhalten geblieben.²² Als überaus aufschlussreich erwiesen sich schließlich Vergleiche mit der Situation in Flandern Mitte der 1960er Jahre.²³ Auch wenn sich im Rahmen dieses Beitrags – wie wir sehen werden – nicht alle wichtigen Fragen klären lassen, wirft er doch ein neues Licht auf die Vorgänge, insbesondere dort, wo sie über die Stadtgrenzen Eupens hinausreichen.

Ein im Vorhinein torpedierter Vorschlag

Es hätte alles so einfach sein können. Nach einer Kandidatenkür ohne Schwierigkeiten und einem Wahlkampf, der eher sachlich geführt worden war, standen in Eupen die Wahlsieger am Abend des 11. Oktober 1964 fest. Zum einen war dies die CSP, die die schwierige Situation nach

21) Generalstaatsarchiv Brüssel (=GStAB), I 585, Nr. 1991, Band 1991 vereinigt alle Bürgermeisterernennungen in Eupen zwischen 1920 und 1971. Während jedoch die Akten zur ersten Bürgermeisterfrage nur sehr spätlich anfallen, sind sie für die Ernennungsvorschläge für Hugo Zimmermann (1958) und Hubert Mießens (1964/65) sehr ausführlich. Die Akte Reiner Pankert (1966) ist wiederum sehr dünn – ganz einfach, weil es bei dieser Ernennung keinerlei Probleme gab.

22) Vltus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Les débats autour de l'antonomie culturelle des Belges germanophones sur les ondes du Belgischer Hörfunk (1965-1974), unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2016, S. 114 Fn. 466 und S. 117-119.

23) Grundlage dafür bilden: Koen Aerts, „Repressie zonder maat of einde?“ De juridische reïntegratie van collaborateurs in de Belgische Staat na de Tweede Wereldoorlog, Gent, Academia Press, 2014; Nico Wouters, *Oorlogsburgemeesters 40-44*. Lokaal bestuur en collaborate in België, Tiel, Laanoo, 2004.

ihrer Mimirisierung im Stadtrat in einen überzeugenden Wahlsieg verwandelt hatte. Sie kam auf zehn von 13 Mandaten (Sozialisten 2, Christlich-Unabhängige Volksliste 1). Zum anderen war das Votum auch eine persönliche Bestätigung für den Spitzenkandidaten, dem 1.752 Eupener, d.h. mehr als 20 Prozent der Wählerschaft, ihre Vorzugsstimme gegeben hatten. Mießens hatte im Übrigen wohlüberlegt einen zweiten Antrag auf Rehabilitierung eingereicht und sich versichert, dass einer Ernennung zum Bürgermeister im Falle einer Wahl nichts im Wege stehe. Zu frisch war wohl die Erinnerung an 1959. Grenz-Echo-Chefredakteur Henri Michel, der seine katholisch-konservative Zeitung bekanntlich als Sprachrohr der CSP aufgebaut hatte, sprach von einem „kühnste Erwartungen übertreffenden Wahlerfolg“. Einen Wahlslogan der Adenauer-CDU aus dem Jahr 1957 aufgreifend titelte er, der Wähler habe sich „gegen Experimente“ ausgesprochen.²⁴

Doch gut einen Monat später sah die Welt aus der Sicht der CSP und ihrer Sympathisanten schon ein wenig anders aus. Am 20. November 1964 unterzeichnete der ehemalige KZ-Häftling Michel seinen wöchentlichen Kommentar mit seiner Stammmnummer als Politischer Gefangener und schrieb von der „Erwartung eines (angeblichen) politischen Skandals“. Er begann mit einer Erinnerung an die Schöfffrage des Jahres 1959 und bemerkte: „Wenn wir heute wieder auf diese fünf Jahre zurückliegenden Ereignisse zu sprechen kommen, so lässt sich dies dadurch erklären, dass gewisse Kreise sich ernstlich mit dem Gedanken tragen, schon in den aller nächsten Tagen mit einem weiteren politischen Skandal in Eupen aufzuwarten und unsere Stadt und ihre Bürger wieder einmal als ‚unverbesserliche Nazis‘ in ein höchst unerfreuliches Gerede zu bringen.“ Michel hatte vernommen, dass auf dem Nationalkongress der Politischen Gefangenen in Löwen eine Intervention gegen die Ernennung Hubert Mießens geplant war, und wandte sich – explizit als selbst Betroffener – entschieden gegen die „Hetze“ gegen den Bürgermeisterkandidaten, dessen Korrektheit „auch in nationalen Dingen“ überall bekannt sei.²⁵ Drei Tage später konnte er leichte Entwarnung geben, da die geplante öffentliche Intervention, die durch eines der eminentesten Mitglieder der Vereinigung der Politischen Gefangenen, den Lütticher Albert Régibeau, hätte vorgetragen werden sollen, ausgeblie-

24) Henri Michel, Die Würfel sind gefallen – Wählerschaft gegen Experimente, in: Grenz-Echo, 12.10.1964, S. 3; Die endgültigen Ergebnisse und die Vorzugsstimmen, in: ebenda, 13.10.1965, S. 3.
25) Henri Michel, 24 Stunden vor einem Nationalkongress, in: ebenda, 20.11.1964, S. 1.

SAM. 1
GRENZ-ECHO
NO. 232

IM DIENSTE DER BEVÖLKERUNG


Fortschrittlich
CSP EUPEN
Liste 2

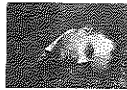
Moderne
MODERN


1964 + 6

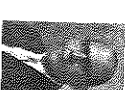
Diese Kandidaten verdienen ihr Vertrauen!

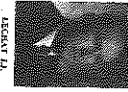
Voll Vertrauen in die Zukunft

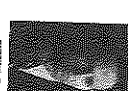

MIEßENS H.
PRESIDENT E.

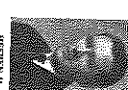

JANSSENS P.
RATST.



WILLEMS K.
RATST.


WOLTERS P.
RATST.


REGIBEAU A.
RATST.



ZERTENS F.
RATST.



JIMMENS H.
RATST.

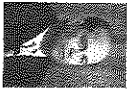

HOFFMANS J.
RATST.


Vorzugsstimmen für den oder die Kandidaten ihrer Wahl **NUR** auf dieser Liste

CSP EUPEN LISTE 2


ROEDIGERS K.
RATST.


VERBAND E.
RATST.


WILTZ M.
RATST.


RICHTER G.
RATST.

Zwo + Zwo und nochmals Zwo, morgen machen's alle so!

Wahlplakat der CSP (Liste 2) zur Eupener Gemeinderatswahl vom 11. Oktober 1964
Quelle: Grenz-Echo, 05.10.1964, S. 7

ben war. Stattdessen vermutete Michel jedoch, es sei eine direkte Intervention bei Innenminister Gilson erfolgt.²⁶

Henri Michel hatte sich nicht geirrt. Tatsächlich waren die ersten Reaktionen der Vereinigungen der Politischen Gefangenen bereits vor dem Nationalkongress erfolgt. Am 4. November 1964 hatte die Eupener Sektion der Fédération nationale des prisonniers politiques et ayants droit ein Schreiben an Provinzgouverneur Pierre Clerdent gerichtet, in dem sie „mit aller Energie“ gegen die Ernennung Mießens protestierte. Es könne nicht angehen, dass ein „SA-Mann“, der eine Verurteilung wegen „Unbürgerlichkeit“ (incivisme) erhalten habe, Bürgermeister Eupens werde. Eine solche Funktion müsse von einer über jeden Zweifel erhabenen Persönlichkeit ausgeübt werden.²⁷ Nachdem Henri Michel sich klar gegen die Positionierung der Vereinigung ausgesprochen und darauf hingewiesen hatte, dass einige andere Politische Gefangene aus Eupen den Protest ebenfalls nicht mittragen würden, erhielt die Eupener Sektion Unterstützung aus den Nachbargemeinden. Am 29. November schickte die Sektion Bleyberg ein im Wortlaut mit den Eupener Protesten fast identisches Schreiben an Clerdent²⁸, ihr folgte am 1. Dezember die Sektion Limbourg, die „kein grünes Licht für Unbürgerliche“ forderte und Clerdent auftrug, die Kandidatur „dieses Individuums mit Verachtung abzulehnen“.²⁹ Am 20. Dezember erhielt die Eupener Sektion ein Schreiben der Sektion Herve, die ihr versicherte, „mit ganzem Herzen“ an ihrer Seite zu stehen.³⁰ Am 9. Januar 1965 richtete die Eupener Sektion erneut ein Schreiben an Clerdent, da „öffentliche Gerüchte in Eupen behaupten, dass die Ernennung von Herrn Miessen endgültig ansteht“.³¹

26) Henri Michel, Schweigen im Walde, in: ebenda, 24.11.1964, S. 3.

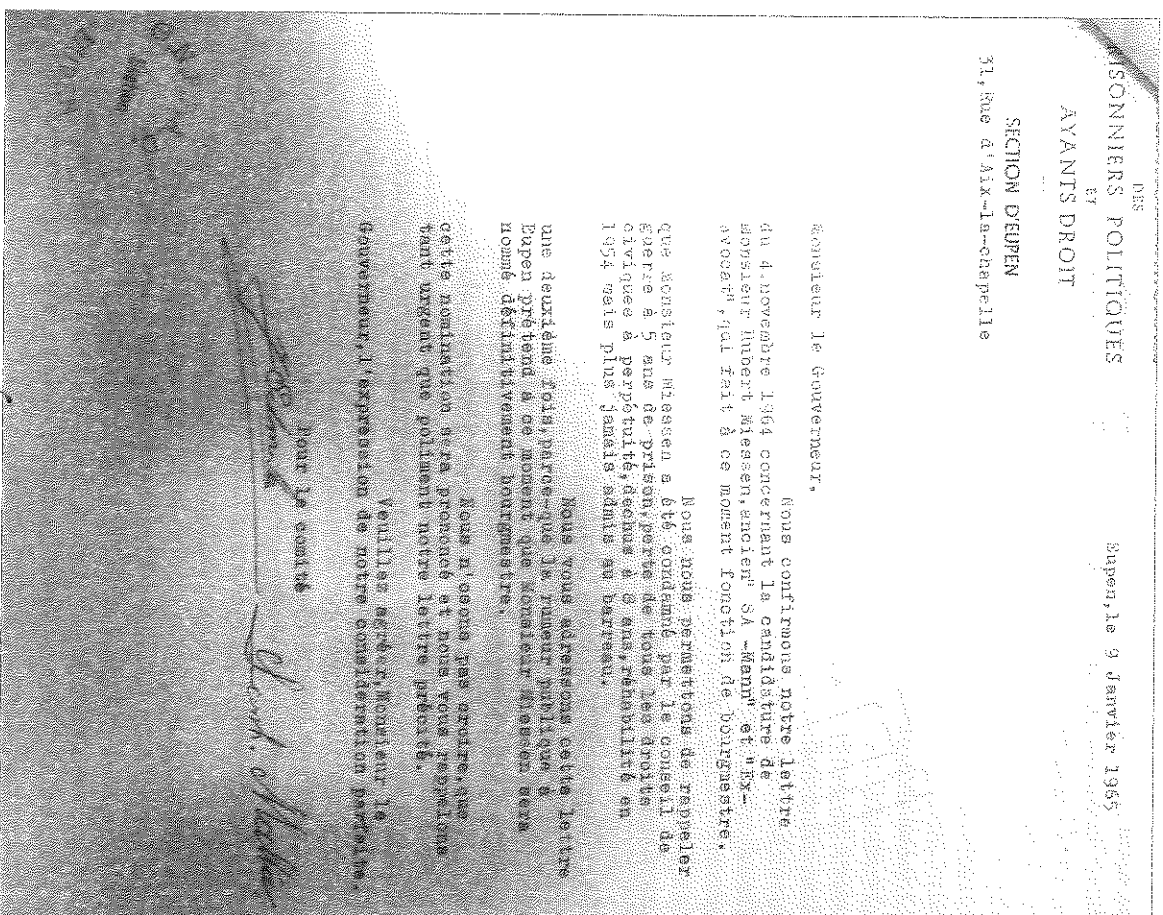
27) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen, Fédération des Prisonniers Politiques et ayants droit, Section d'Eupen, an Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich, 04.11.1964. Das Schreiben war u.a. unterzeichnet von J. Schmitz, L. Mattar und E. Harrings [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].

28) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen, Fédération des Prisonniers Politiques et ayants droit, Section de Plombières, an Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich, 29.11.1964 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].

29) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen, Fédération des Prisonniers Politiques et ayants droit, Section de Limbourg, an Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich, 01.12.1964 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].

30) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen, Fédération des Prisonniers Politiques et ayants droit, Section de Herve, an Section d'Eupen, 20.12.1965 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].

31) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen, Fédération des Prisonniers Politiques et ayants droit, Section d'Eupen, an Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich, 09.01.1965 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].



In zwei Schreiben protestierten Vertreter der Eupener Politischen Gefangenen gegen eine Ernennung von Hubert Mießen.

Quelle: GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießen

Es kann kein Zweifel bestehen, dass Clerdent sich veranlasst sah, auf diese Schreiben zu reagieren. Dies wird belegt durch die Tatsache, dass er am 11. Januar 1965 wieder Post erhielt. Diesmal stammte sie jedoch von Hubert Mießens selbst, der dem Gouverneur auf dessen Anfrage hin alle Grenz-Echo-Artikel zum Wahlkampf zukommen ließ.³² Es gibt keine konkrete Quelle, die Aufschluss über den Zweck dieser Anfrage aus Lüttich geben könnte, aber es erscheint plausibel, dass Clerdent den CSP-Wahlkampf prüfen wollte, um sicher zu gehen, dass dort keine „Werbung“ für „Unbürgerliche“ gemacht worden war. Mießens übermittelte Clerdent auch die Ausgabe vom 8. Januar 1965, aus der hervorging, dass er anlässlich der Einsetzung des neuen Stadtrates mit zwölf Stimmen (bei einer Enthaltung) zum Ersten Schöffen gewählt worden war.³³ Damit war einhergegangen, dass er wiederum zum diensttuenden Bürgermeister bestimmt worden war.

Entscheidende nicht-öffentliche Weichenstellungen

Zwei Tage später erhielt Clerdent wieder Post. Diesmal kam sie von Henri Hoens, dem beigeordneten Bezirkskommissar, den die Forschung schon seit Langem als den „starken Mann der Ostkantone“ in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ausgemacht hat.³⁴ Er begann mit den Protesten der ben als „vertraulich und persönlich“.³⁵ Er begann mit den Protesten der Politischen Gefangenen gegen die Ernennung Mießens – über die Clerdent ja unterrichtet war – und berichtete dann über die Verteidigung des Kandidaten durch Henri Michel. Am aufschlussreichsten ist jedoch seine persönliche Einschätzung des Falles: „Ich glaube, dass es unter den gegenwärtigen Umständen und solange eine Rehabilitierung von Herrn Miessen nicht erreicht ist, schwierig erscheint, diese Ernennung zur königlichen Bestätigung vorzuschlagen, da dies sonst der gesamten Jurisprudenz seit 1945 entgegenstünde. Ich habe Herrn Miessens Haltung seit vielen Jahren verfolgt und auch seine Hingabe an das Allgemeinwohl, und ich bin auch der Meinung [...], dass Herr Miessen sich bedingungslos und endgültig in die belgische Gemeinschaft integriert hat. Ich sehe keinen Widerspruch gegen die Einreichung seiner Kandidatur nach seiner Rehabilitierung, einer Prozedur, die im Gange ist, und dies umso

mehr, als Herr Miessen niemals ein Aktivist oder Nazi-Propagandist gewesen ist und seine Verurteilung eher aus der Tatsache resultiert, dass er Doktor der Rechte ist, woraufhin ihn das Kriegsgesetz in die Kategorie der Intellektuellen eingereiht hat.“

Hoens Schreiben ist in vieler Hinsicht ein – bisher unbekanntes – Schlüsseldokument der Bürgermeisterfrage. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob der Autor eine vermittelnde Rolle zwischen der Position des Politischen Gefangenen und der Position der Eupener CSP-Wähler und ihres Sprachrohres Henri Michel einnehmen wollte. Dazu musste in seinen Augen die Kandidatur Mießens, bei dessen persönlicher Beurteilung er wohl ins Schwarze trifft, über jeden Zweifel erhaben sein. Doch das Kriterium, das er dafür anführt, ist – obwohl es mit dem Argument der Jurisprudenz daherkommt – ein rein politisches, ja politpsychologisches. Die einzig relevante juristische Hürde wäre nämlich die Wählbarkeit gewesen, doch diese war Hubert Mießens ja, wie bereits berichtet, im Jahr 1955 wieder zuerkannt worden.

Dass es auch anders ging, zeigte sich zur selben Zeit in der westflämischen Küstengemeinde Oostdinkerke.³⁶ Dort wurde zu Beginn der neuen Legislatur mit Honoré Loones ein ehemaliger „Kriegsbürgermeister“ von Oostdinkerke und Ostende der Kollaborationsbewegung *Vlaams Nationaal Verbond* (VNV) als neuer Bürgermeister ernannt. Loones war zu der milden Haftstrafe von einem Jahr verurteilt worden, hatte aber erst 1964, also nach zwanzig Jahren, seine Wählbarkeit zurückerlangt. Pikanterweise folgte Loones seiner eigenen Ehefrau Rosette Dewitte nach, die während der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte das Bürgermeisteramt ausgeübt und ihren Mann dabei als eine Art Privatsekretär beschäftigt hatte. Honoré Loones blieb Bürgermeister bis zur Fusion mit Koksijde im Jahr 1977.

In Lüttich beschloss Gouverneur Clerdent zunächst, auf den Rat Hoens zu hören. Das kann nicht überraschen, galt Hoens doch naturgemäß als der Beamte mit den besten Kenntnissen über die Ostkantone. Die Warzezeit sorgte jedoch für erste Nervosität, wie aus einem Vermerk des Präsidenten der Verrierser PSC, Jamar de Bolzée, hervorgeht, der sich in leicht paternalistischem Ton mit den Folgen einer eventuellen Nichternennung Mießens beschäftigte und die Symbolik der Kandidatur in

32) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießens, Hubert Mießens an Pierre Clerdent, 11.01.1965 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.J. Mit den Grenz-Echo-Artikeln vom 30.09., 01.10., 07.10. und 10.10.1964 sowie dem vom 08.01.1965.

33) Die erste Sitzung des neuen Eupener Stadtrats, in: Grenz-Echo, 11.01.1965, S. 4.

34) Zuletzt Brühl/Cremer/Mießens, Geschichtsbilder, S. 53.

35) GStAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießens, Henri Hoens an Pierre Clerdent, 13.01.1965 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.J. Dort dann auch das Zitat.

36) Pieter Jan Verstraete, Loones, Honoré, in: Nieuwe Encyclopedie van de Vlaamse Beweging, Tiel, Lannoo, 1998, Bd. 2, S. 1959; E-Mail von Caroline Beele, Archivarin der Gemeinde Koksijde, an den Verfasser, 24.02.2017.

Erinnerung tief: „Es besteht kein Zweifel daran, dass sich seit mehreren Jahren eine Haltung der Annäherung fortsetzt, die für einige schmerzhaft sein kann [...]. Diese Aufgabe könnte erschüttert werden durch eine Handlung, die von einem großen Teil der Kantone als ein Gefühl des Nachtragens ihm gegenüber interpretiert werden könnte; es besteht kein Zweifel, dass in diesem Fall viele davon absehen würden, die Politik der Annäherung der Geister fortzuführen.“³⁷ Auch Henri Michel nahm sich wenige Wochen später der Frage an und offenbarte sowohl Insiderwissen als auch Intuitionen, die sich auf dem Höhepunkt der Bürgermeisterfrage im Oktober 1965 als richtig erweisen sollten. So fragte er am 12. März 1965, wann Eupen „dem endlich seinen Bürgermeister“ erhalte.³⁸ Er betonte das in seinen Augen wichtigste Argument für eine Ernennung Mießens, nämlich dessen Vorzugsergebnis, das „ein unmissverständlicher Vertrauensbeweis“ gewesen sei. Doch Michel wusste auch zu berichten, dass das Rehabilitierungsverfahren in der Zwischenzeit zum zweiten Mal gescheitert sei. Für ihn selbst bedeute dies nichts, er sehe keinen Grund, jemand anderen zu ernennen. Doch der ehemalige Eupener CSP-Sektionspräsident vermutete auch, dass innerhalb seiner Partei gewisse Personen dies anders zu sehen begonnen hatten. In dieser Situation forderte er den CSP-Abgeordneten Willy Schyns auf, in Brüssel zu intervenieren. Dies geschah dann auch, denn nur wenige Tage später wurden Schyns und eine Delegation von CSP-Politikern – die Stadtverordneten und Schöffen Krings, Lechat, Pankert und Willems, der Bezirkspräsident Jamar de Bolzée und der Ministerberater Joseph Schmitz – von Innenminister Gilson empfangen. Zudem glaubte Henri Michel in Erfahrung gebracht zu haben, dass der Präsident der Eupener Sektion der Politischen Gefangenen, Schmitz, nicht mehr gegen Mießens Ernennung vorzugehen gedachte.³⁹

Der *Grenz-Echo*-Artikel, der über das Treffen mit dem Minister berichtete, landete in einer Übersetzung auf dem Schreibtisch von Provinzgouverneur Clerdent. Dieser schrieb kurze Zeit später einen Brief an Gilson, dessen Auswirkungen kaum zu überschätzen sein dürften und in dem er sich die Argumentation Hoens zu eigen machte und sogar verschärfte, mutmaßlich unter dem Eindruck der Briefe der Politischen Gefangenen: „Es erscheint mir nicht möglich, dass ein Gemeindeman-

datar die Bürgermeisterwürde einer bedeutenden Stadt erhält, obwohl er 1) zu einer Kriminalstrafe verurteilt worden ist und 2) der Appellationshof seinem Antrag auf Rehabilitierung nicht entsprochen hat und diese Entscheidung jüngeren Datums ist.“⁴⁰ Auch Clerdent kleidete seine politisch motivierte Ablehnung in juristische Argumente, die zwar als solche nicht entscheidend für eine Nichternennung sein konnten, die jedoch darauf verweisen, dass sein Beurteilungsspielraum über die bloße formale Einhaltung des Rechtsrahmens hinausgehen konnte. Fakt ist, dass der Brief des Gouverneurs dafür sorgte, dass Gilson von einer Ernennung absah. Da der Minister jedoch auch keine Ablehnung öffentlich machte, reichte er die Entscheidung an seinen Nachfolger weiter, da für Mai 1965 Parlamentswahlen angesetzt waren.

Wenige Tage vor der Wahl äußerte sich Henri Michel geradezu beschwörend, indem er darauf hinwies, dass das Hüauszögern der Ernennung kein Grund sein dürfe, nicht die CSP zu wählen. Nach der Wahl müsse und werde Mießens zum Bürgermeister ernannt werden. Er erteilte auch jenen eine Absage, die im Fall Mießens ein neuerliches Beispiel dafür sahen, dass die Ostbelgier „Bürger zweiter Klasse“ seien.⁴¹ Am nächsten Tag war es die CSP-Fraktion im Eupener Stadtrat, die sich im *Grenz-Echo* zu Gerüchten über eine interne Spaltung im Fall Mießens äußerte und versicherte, weiterhin hinter der Forderung nach endgültiger Ernennung des diensttuenden Bürgermeisters zu stehen.⁴²

Bei der Wahl musste die CSP in den drei Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith Verluste hinnehmen; ihr Stimmenanteil sank von 71,7 auf 64,6 Prozent. Bemerkenswert waren jedoch vor allem die Stimmenthaltungen (15,56 in der Kammer und 19,34 Prozent im Senat) und die ungenügenden Stimmen, die ein Rekordniveau erreicht hatten.⁴³ Die Wahlanalyse des *Grenz-Echo*-Chefredakteurs stand ganz im Zeichen der Bürgermeisterfrage. Die Zunahme der „Weißwähler“ sei ganz eindeutig auf die noch nicht erfolgte Ernennung Mießens zurückzuführen. Andererseits sei Willy Schyns, der wieder in die Kammer gewählt worden war, sicher auch für sein Engagement für den Eupener Bürgermeistertandidaten belohnt worden. Der Unterschied in der Zahl der Stimmenthaltungen zwischen Kammer und Senat stützt diese Folgerung

37) Vermerk von Jamar de Bolzée, Bezirkspräsident der PSC, 19.02.1965, zitiert nach Cremer, An-
 nexion (III), S. 10 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.].

38) Henri Michel, Wann erhält Eupen seinen Bürgermeister?, in: *Grenz-Echo*, 12.3.1965, S. 12.
 Dort auch das Folgende.

39) Eupener Stadtratmitglieder durch Innenminister Gilson empfangen, in: *Grenz-Echo*,
 17.03.1965.

40) GS/AB, I 585, Nr. 1991, Akte Mießens, Pierre Clerdent an Arthur Gilson, 29.03.1965 [Überset-
 zung aus dem Französischen C.B.].

41) Henri Michel, Liste I, Liste der Bewährung, in: *Grenz-Echo*, 20.05.1965, S. 2.

42) Antwort auf eine offene Frage eines Eupener Wählers an die CSP-Fraktion, in: *Grenz-Echo*,
 21.05.1965, S. 3.

43) Die Wahlergebnisse bei Brill/Cremer/Mießens, Geschichtsbilder, S. 49 und 51.

Michels. Für ihn war der Druck auf den künftigen Innenminister, Mieben zu ernennen, jedenfalls größer denn je.⁴⁴

Ein neuer Minister

Doch die normalen Abläufe der Politik machten auch vor Eupens Bürgermeisterernennung nicht halt. Zuerst musste eine neue Regierung gebildet werden, dann kam die Sommerpause. Es scheint jedoch, dass der neue Innenminister, der flämische Sozialist Alfons Vranckx, sich rasch in seine Akten einarbeiten wollte. Am 4. August 1965 landete ein Vermerk auf seinem Schreibtisch, der aus der Feder des Generaldirektors für Wahlangelegenheiten im Innenministerium, Van Houthe, stammte.⁴⁵ Er befasste sich mit dem Fall Mieben. Dabei resümierte der hohe Beamte in Aufzählungsform die Positionen Hoens und Clerdents und kam zu dem Schluss, dass es derzeit zwei Lösungen gebe: entweder man trage dem Gouverneur auf, in Eupen einen neuen Kandidatenvorschlag einzuholen – „was dort schlecht aufgenommen werden könnte“ – oder man hielte die Angelegenheit in der Schwebe und wüde „derzeit“ keine Ernennung vornehmen. Ein nicht näher bekannter Schreiber, wahrscheinlich ein Berater Vranckx' machte neben dem Vermerk eine handschriftliche Mitteilung für den Minister, in der er sich für die zweite Lösung aussprach. Außerdem riet er ihm, das Gespräch mit Clerdent zu suchen, was auch Van Houthe angeregt hatte.

Während Miebens Ernennung in der Schwebe blieb, wurden andere Bürgermeisterkandidaten nimmehr ernannt. So wurde in der ostflämischen Gemeinde Stekene am 11. August 1965 der auf der Liste der „Gemeindeinteressen“ in den Stadtrat gewählte Volksamte-Politiker Abdon Heyse zum Bürgermeister ernannt. Heyse hatte – ähnlich wie der erwähnte Loones – während des Kriegs von 1942 bis 1944 als VNV-Kriegsbürgermeister in Stekene fungiert und war anschließend natürlich ebenfalls in die Mühlen der Säuberung geraten. In seiner Gemeinde und in der flämischen Öffentlichkeit zählte er zu den so genannten „guten Kriegsbürgermeistern“, wie Nico Wouters gezeigelt hat.⁴⁶

44) Henri Michels, Lehren und Schlussfolgerungen einer Wahl, in: Grenz-Echo, 28.05.1965, S. 1.
 45) GSAAB, I 585, Nr. 1991, Akte Mieben, Vermerk von E. Van Houthe für Minister Vranckx, 04.08.1965 [Übersetzung aus dem Französischen C.B.J.]. Dort auch das Folgende.
 46) Wouters, Orlogsbuurgemeesters, S. 619-620, <http://www.gemeindebelangen.be/historiek/> letzter Abruf: 23.02.2017].

VOLLWOCHE ZUWOCHE

Eupener CSP vor einer schweren Entscheidung

Vor fast genau einem Jahr, am 10. Oktober 1964, fanden die Neuwahlen zur Stadtregierung in Eupen statt. Einmal mehr hatte die lokale politische Szene eine schwierige Situation erlebt. Die Kandidaten der CSP waren in der ersten Runde nicht genügend Stimmen gesammelt, sodass eine zweite Runde notwendig war. In der zweiten Runde gewann die CSP zwar die Mehrheit der Stimmen, aber nicht die absolute Mehrheit. Dies führte zu einer schwierigen Verhandlungssituation mit den anderen Parteien, um eine stabile Regierung zu bilden.

Man wusste in den lokalpolitischen interessierten Kreisen der Stadt schon unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, dass die CSP, allein genommen, nicht in der Lage war, eine stabile Regierung zu bilden. Die Verhandlungen zwischen der CSP und den anderen Parteien waren langwierig und schwierig. Die CSP wollte eine stabile Regierung bilden, aber die anderen Parteien wollten ihre Interessen durchsetzen. Die Verhandlungen dauerten mehrere Wochen an, bis schließlich eine Einigung erzielt wurde. Die CSP wurde zum Bürgermeister ernannt, aber die Regierung wurde von einer Koalition aus mehreren Parteien gebildet.

Der Ministerpräsident, Herr Gauspierre, hat die Entscheidung über die Ernennung von Eupen im Hinblick auf die politische Situation in der Provinz getroffen. Die Entscheidung wurde am 10. Oktober 1964 getroffen. Die Entscheidung wurde von der Regierung in Brüssel getroffen. Die Entscheidung wurde von der Regierung in Brüssel getroffen.

Stadtkonferenz Eupen zugestiegen und in der Sitzung vom 10. September 1965 zum Kommissar ernannt worden sei, hat der folgende Wortlaut:
 Innenministerium
 Kabinett des Ministers
 Nr. 17
 442343
 Brüssel, den 10. September 1965
 6. rue de la Loi
 An den Herrn Gouverneur der Provinz Lüttich
 2 Place Noloy
 Lüttich
 Herr Gouverneur!
 Ich habe Ihre Mitteilung vom 10. September 1965 über die Ernennung von Eupen zur Kenntnis genommen. Ich habe Ihre Mitteilung vom 10. September 1965 über die Ernennung von Eupen zur Kenntnis genommen. Ich habe Ihre Mitteilung vom 10. September 1965 über die Ernennung von Eupen zur Kenntnis genommen.

Vergleichen wie diese Diskussion eines einzelnen Verkehrsmitglieds ohne Trunkenheit ein Steuer oder Fiskusgeheimnis geltend zu machen, sondern sich im Gegenteil vor den Verantwortlichen einen Schandfleck bilden.
 Ich bitte Sie, den Gemeindeführern hinsichtlich dieser Situation zur Kenntnis zu geben, damit sie sich gegenwärtig vor dem Gesetz verantworten können. Ich bitte Sie, den Gemeindeführern hinsichtlich dieser Situation zur Kenntnis zu geben, damit sie sich gegenwärtig vor dem Gesetz verantworten können.

So weit die amtlichen Tatsachen. Dass man hergekommen war, um die Ernennung von Dr. Missens bekannt zu machen, ist, der Grosseteil der Eupener Bevölkerung wird dies zunächst bedauern und diese negative Evaluation sehr zu verstehen haben. Die Ernennung von Dr. Missens ist ein Schritt in die Zukunft. Die Ernennung von Dr. Missens ist ein Schritt in die Zukunft.

<p>Lüttich, den 7. Oktober 1965 An die Herren Gemeindeführer der Stadt Eupen. Bezugnehmend auf Ihre Handzettel vom 10. September 1965, nachden Ihnen am 27. September zugesandt wurde, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir schriftlich die Ernennungsvorschläge für die Bürgermeisterstelle der Stadt Eupen mitteilen könnten.</p>	<p>Es geht unter dem verheißenden § 181 des Gesetzes vom 10. September 1965 (17) sehr, dass die Ernennungsvorschläge für den Bürgermeister von Eupen...</p>
--	---

Nachdem schon seit mehreren Tagen Gerüchte laut geworden waren, erfahren die Eupener aus dem Grenz-Echo von dem Randschreiben des Innenministers, das dem Stadtrat durch den Provinzgouverneur übermittelt worden war.

Quelle: Grenz-Echo, 13.10.1965, S. 1-2.

Anfang September 1965 kam Vranckx in die Ostkantone. Sein erster Besuch als Innenminister galt Henri Hoen, den er für sein zwanzigjähriges Engagement als höchster Beamter in der Region ehren sollte. Henri Michel hieß den Brüsseler Gast mit der wiederum mit seiner Stammmnummer als Politischer Gefangener unterzeichneten Botschaft willkommen, dass es – auch wenn der Minister persönlich nichts dafür könne – keine Rechtfertigung für die Nichternennung Miebens gebe, sicher nicht im Landesinneren und sicher nicht vor Ort, wo es niemand, auch die Gegner nicht, mit Miebens Verwaltungskennnissen und -führung aufnehmen könne.⁴⁷

Tatsächlich traf Vranckx dann eine Entscheidung, die jedoch erst im Oktober den Weg nach Eupen fand. Zunächst waren es für die Öffentlichkeit nur Gerüchte, die ihren Ausdruck in den Spalten der Ostbelgienbeilage der Aachener Volkszeitung fanden, obwohl diese seit ihrem ersten Erscheinen noch gar nicht über die Angelegenheit berichtet hatte. Am 11. Oktober 1965 berichtete ein knapper Text, dass Gouverneur Clerdent an den Eupener Stadtrat mit dem Auftrag herantreten sei, einen neuen Vorschlag für das Amt des Bürgermeisters vorzulegen.⁴⁸ Es ist nicht zu klären, ob dieser Siebenzeiler Anlass für einen Leserbrief im Grenz-Echo war, dessen Verfasser die Stadt auf dem Weg in die „Diktatur“ sah, wenn es im Falle einer Nichternennung Miebens nicht zu Neuwahlen komme: „Wir nehmen doch nicht an, dass Herr Dr. Miessen als ‚unwürdiger‘ Bürger sich noch mit nebensächlicher Arbeit im Eupener Rathaus abgeben wird, und nach seinem Auszug wären doch nach demokratischem Recht tausende Stimmen irrtümlich abgegeben worden.“⁴⁹

Mit diesem Leserbrief wurde eine Reihe von Leserzuschriften lanciert, die allesamt anonym publiziert wurden, was Fragen nach ihrer Repräsentativität aufwirft, weshalb sie hier vor allem dazu verwendet werden, um Stimmungen und Emotionen nachzuzeichnen. Die AVZ ging übrigens einen anderen Weg: inmitten der großen Emotionen verkündete der zuständige Redakteur, der ehemalige Grenz-Echo-Journalist Willy Timmermann, am 25. Oktober, dass seine Zeitung keine Leserbriefe veröffentlichten werde, die nicht namentlich gezeichnet wären; es gehöre

zum Christentum dazu, verantwortlich zu seiner Meinung zu stehen.⁵⁰ Tatsächlich wurde dort keine einzige Leserzuschrift veröffentlicht.

Am nächsten Tag ließ Henri Michel die Katze aus dem Sack, als er von einer „schweren Entscheidung“ für die Eupener CSP schrieb.⁵¹ Wie bereits vielerorts vermutet, hatte Gouverneur Clerdent tatsächlich einen neuen Kandidatenvorschlag angefordert. Nicht wegen einer expliziten persönlichen Ablehnung des Kandidaten Hubert Miebens, sondern weil dem Stadtrat von Clerdent ein auf den 10. September 1965 datiertes ministerielles Rundschreiben von Innenminister Vranckx übermittelt worden war, das ein Festhalten an Miebens schwierig machte. Darin hieß es: „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich der Inverschlagbringung von Bürgermeisterkandidaten, die Gegenstand einer entehrenden Verurteilung gebildet hatten, nicht statgeben werde. Darunter verstehe ich selbstverständlich nicht die Verurteilung wegen strafbarer Vergehen, wie diese anlässlich eines einfachen Verkehrsunfalls ohne Trunkenheit am Steuer oder Fluchtvergehen gefällt werden. Es handelt sich im Gegenteil um Verurteilungen, die zweifelsohne für den Verurteilten einen Schandfleck bilden. [...]“ In seinem Begleitschreiben bat Clerdent um einen Kandidatenvorschlag, der diesen Kriterien entsprach. Unter diesen Umständen war die Kandidatur Miebens in den Augen Michels obsolet geworden. Es musste ein anderer Kandidat her. Und der ehemalige Vorsitzende der CSP-Lokalsektion war durchaus nicht blaugängig, wenn er daran erinnerte, dass innerhalb der CSP die Spaltung schon länger latent gewesen war. Die Suche werde sicherlich zu einer Belastungsprobe für die Partei und ihre Eupener Sektion.

Die regionale Geschichtsschreibung ist bisher recht schnell über das Rundschreiben von Vranckx hinweggegangen.⁵² Zwar hat sie, wie schon die Zeitgenossen⁵³, die „Schandfleck“-Theorie des Ministers kritisiert, doch hat sie sich bisher nie den Gründen für das Rundschreiben gewidmet. Es ist bekannt, dass die bereits erwähnte Ernennung Heyses in Stekene für einige Unruhe gesorgt hatte.⁵⁴ War Vranckx' Schreiben eine Absicherung gegen eine Wiederholung dieser Umstände? Oder gab es doch einen spezifischen regionalen Kontext, in dem ein allgemein gehaltenes

50) Tim Willy [Willy Timmermann], Auch ein Wort ... zur Eupener Bürgermeisterfrage, in: AVZ, 25.10.1965.

51) Henri Michel, Eupener CSP vor einer schweren Entscheidung, in: Grenz-Echo, 13.10.1965, S. 1-2. Dort auch das Folgende.

52) Zulezzi Brüll/Mießen/Cremer, Geschichtsbilder, S. 72-74.

53) Z.B. Heinrich Toussaint, Ein neuer Bürgermeister, in: Grenz-Echo, 07.01.1966, S. 1.

54) E-Mail von Prof. Dr. Bruno De Wever (Universität Gent) an den Verfasser, 23.02.2017.

47) Henri Michel, Vor einem Ministerbesuch, in: Grenz-Echo, 03.09.1965, S. 1.

48) Änderung im Eupener Stadtrat, in: AVZ, 11.10.1965.

49) Ein Wähler JH, Eupen und sein Bürgermeister, in: Grenz-Echo, 12.10.1965, S. 4.

tenes Rundschreiben auf den Fall Mießens gemünzt war?⁵⁵ Hatte das Zusammentreffen mit Hoen die Entscheidung vielleicht beeinflusst? Auffallend ist, dass die Argumentation auch in dem Rundschreiben eine rein politische ist. Doch erscheint es plausibel, die „entehrende Verurteilung“ mit der ausgebliebenen Rehabilitierung Mießens in Verbindung zu bringen – zumal der niederländische Rechtsbegriff eerherstel, also Wiederherstellung der Ehre, lautet. Im Rahmen dieses Beitrags ist diese zentrale Frage nicht zu klären; ihre Antwort muss weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Emotionen und Entscheidungen

Es sieht nicht so aus, als ob die CSP noch Anstrengungen unternommen hätte, Mießens Kandidatur trotzdem beizubehalten – gegebenenfalls, bis eine persönliche Ablehnung erfolgt wäre. Ähnlich wie Henri Michel fügte sie sich in ihr Schicksal. Die Auseinandersetzungen der folgenden Wochen drehten aber nicht zuletzt um die Frage, ob sich einige CSPler nicht allzu bereitwillig dem Schicksal ergeben hatten und ihre persönlichen Ambitionen über die nunmehr fast elf Monate zurückliegende schöne Einstimmigkeit bei der Invoerschlagbringung Mießens stellten. Verständlicherweise kochten die Gerüchte und die Emotionen hoch. Die Leserbriefe im *Grenz-Echo* folgten dabei hauptsächlich drei verschiedenen Argumentationslinien: die Diskussionen um die neuen Kandidaten, die sich vor allem mit der Person des damals 34jährigen Kurt Ortmann beschäftigten⁵⁶; die Konfrontation innerhalb der CSP, deren Entscheidungsgremium („Konklave“ genannt) bestehend aus Vorstand und Fraktion von großen Teilen letzterer – die ja in Sachen Vorschlagsrecht die einzig legal befugte Gruppe war – infrage gestellt wurde⁵⁷; und natürlich die Auseinandersetzung um die Person Hubert Mießens, die eigentlich nur noch ein Nachhutgefecht sein konnte, aber einiges zum Umgang mit der jüngeren Vergangenheit in Ostbelgien aussagte.

55) Henri Michel wollte sich dies explizit nicht vorstellen. S. Henri Michel, Eupener CSP vor einer schweren Entscheidung, in: *Grenz-Echo*, 13.10.1965, S. 1.

56) Besonders Henri Michel kanzelte die Kandidatur Ortmanns, den er wohl als einen der Hintertreiber der Kandidatur Mießens ausgemacht hatte, in drastischer Weise ab, indem er ihn in einem seiner letzten Leitartikel regelrecht vorführte (Henri Michel, Eupener Bürgermeistersessel in der Brandung, in: *Grenz-Echo*, 22.10.1965, S. 1-2). Unterstützter Ortmanns gab es natürlich auch, siehe W. Die Bürgermeisterfrage in Eupen, in: *Grenz-Echo*, 18.10.1965, S. 5.

57) HW, Die Bürgermeisterfrage in Eupen, 21.10.1965, in: *Grenz-Echo*, S. 4; Eine ältere Wahllerin, Die Bürgermeisterfrage, in: *Ebenda*, 26.10.1965, S. 5.

Stellvertretend für die Thematisierung der Person Mießens seien verschiedene vielsagend unterzeichnete Leserbriefe zitiert. So schrieb ein „ehemaliger belgischer Frontsoldat, Kriegsgefangener und anerkannter Widerstandskämpfer“; Mießens sei das „Opfer einer Kampagne von Super-Salompatrioten“ geworden.⁵⁸ Eine ebensoleche Umkehrung der Konfliktlinien der Kriegszeit bot auch ein Leserbrief eines „echte[n] Eupener[s]“, der über die Bürgermeisterfrage anders denkt, indem er behauptete, dass Mießens „es hätte wissen müssen“, es sei denn, er wäre „für das Geld“ in die Politik gegangen. Der Leserbriefschreiber selbst bezeichnete sich als „ehemaligen Mitläufer, der sich aus Politik ganz raushält.“⁵⁹ Dies verweist nun eindeutig auf die von der Forschung schon lange diagnostizierte Passivität vieler Ostbelgier in politischen Fragen als Resultat ihrer Erfahrungen in der Zwischenkriegs- und der Kriegszeit, die sich, wie bereits mehrfach angedeutet, beispielsweise in einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Nicht- oder Weibwählern äußerte. Opposition zu Mießens konnte es vor allem dort geben, wo die Opferinteressen des Weltkriegs mit dem Opferdiskurs der „Unbürgerlichen“ kollidierten. So schrieb eine „Frau, die ihren Mann 30 Monate versteckt gehalten hat“; dass sie sich schwerlich für das Schicksal Mießens interessieren könne, wenn es für die Wehrdienstverweigerer („Refraktäre“) immer noch keine Entschädigung gebe.⁶⁰ Noch weiter ging „eine Stimme für die damaligen Pro-Belgier“; der Mießens als Stimme für die „Unbürgerlichen“ ausgemacht hatte und sich fragte, wo die „Stimme derer sei, die Belgien verteidigt haben“: „Als Bürgermeister ist noch niemand vom Himmel gefallen, auch Herr Miessen nicht. Und Weitblick hat er nicht bewiesen, sonst hätte er früher weit geblickt. Was Leo Krafft und alle die anderen einfachen Leute, die im KZ ermordet worden sind oder in Strafbataillons ihr Leben ließen, im Voraus sahen, hätte Herrn Dr. Miessen als Akademiker bestimmt einleuchten müssen. Oder war es nur der Hass gegen Belgien, der die Hitlerhörigen so handeln ließ? Dann kann ich nicht verstehen, warum man sich heute so inniglich an den Busen Belgiens drängte. Es müssen doch notgedrungen manchmal peinliche Situationen entstehen, wenn ein Kranz am amerikanischen Ehrenmal niedergelegt oder eventuell eine Rede gehalten werden muss, die für den Redner sehr peinlich sein könnte.“⁶¹ Aus der Verbitterung heraus entsprangen hier legitime Fragen. Dafür, dass auch manche Kriegsgesopfer eine Kandidatur wie die von Mießens getragen hatten, stand Henri

58) Gedanken zur Bürgermeisterfrage, in: *Grenz-Echo*, 23.10.1965, S. 5.

59) Zu Gedanken zur Eupener Bürgermeisterfrage, in: *Grenz-Echo*, 26.10.1965, S. 5.

60) Welch ein Palaver für einen Bürgermeister, in: *Grenz-Echo*, 21.10.1965, S. 4.

61) Das ist wirklich ein Palaver, in: *Grenz-Echo*, 26.10.1965, S. 5.

Michel als ehemaliger KZ-Häftling sinnbildlich. Aber die Befürchtungen und Vorwürfe, die hier geäußert wurden, waren sicherlich nicht so weit von den Fragen entfernt, die sich Clerdent in Lüttich hätte stellen können. Was die „peinlichen Reden“ angeht, so hatte es zumindest in der Presse nirgendwo Beschwerde gegen Mießens Auftritte als diensttuender Bürgermeister anlässlich der Nationalfeierstage 1964 und 1965 und des Waffenstillstandstags 1964 gegeben. Auch als seine Ablösung beschlossene Sache war, nahm er seine Rolle am 11. November 1965 wahr.

Die politischen Entscheidungen brauchen hier nur knapp in Erinnerung gerufen zu werden. Im „Konklave“; das Ende Oktober getagt hatte, hatten sich von siebzehn Anwesenden neun für die Kandidatur Kurt Ortmanns ausgesprochen, fünf für Reiner Pankert und drei für Felix Peters. Problematisch war daran vor allem, dass von den zehn Fraktionsmitgliedern neben Kurt Ortman nur drei andere Stimmen für diesen abgegeben worden waren. Die Mehrheitsmeinung in der Sektion war es nun, darauf zu pochen, dass sich alle CSP-Kandidaten vor der Wahl 1964 verpflichtet hatten, sich den Entscheidungen des „Konklaves“ zu fügen.⁶² Dies verneinte die Fraktionsmehrheit, die sich nunmehr rasch hinter eine Kandidatur Reiner Pankerts scharen sollte, mit dem Argument, dass es zu keinerlei Beratung gekommen sei, was den Regeln widerspreche, weshalb sie sich an ihre Verpflichtung nicht mehr gebunden fühlte.⁶³ Ein letzter Versuch, beide Gruppierungen wieder zu einen, vorbereitet von Hans Heeren für die „Sektion“ und Reiner Pankert für die „Mehrheitsfraktion“, fand auf einer Generalversammlung der Lokalsektion Ende November 1965 statt.⁶⁴ Dort wurden die „Abtrünnigen“ um Reiner Pankert, Hubert Mießens und den langjährigen Fraktionsvorsitzenden Karl Willems schießlich aus der Partei ausgeschlossen. Die Tür blieb allerdings „offen“, wie *Grenz-Echo*-Redakteur Joseph Gerckens schrieb; aufgrund einer geplanten Vermittlungskommission des Nationalpräsidenten der PSC Paul Vanden Boeynants. Da jedoch keiner der beiden Kontrahenten zurückstecken wollte, fand diese Mission niemals statt. Die „Mehrheitsfraktion“, unterstützt von Paul Franck, der 1959 aus der CSP ausgeschlossen worden war, weil er Hubert Mießens nicht hatte zum Schöffen wählen wollen, setzte sich mit ihrem Vorschlag zur Ernennung

Reiner Pankerts durch. Die Spaltung der CSP, jenes persönliche Schreckenszenario, das der mitten in den Wirren der Bürgermeisterfrage in den Ruhestand getretene Henri Michel seit März 1965 wiederholt an die Wand gemalt hatte, war Realität geworden.

Das Ende von etwas

„Bis heute liegt keine namentliche Ablehnung des Herrn Dr. Hubert Mießens vor, sondern eine von Eupen aus angeforderte Umschreibung des Tabbestandes mit beleidigendem Charakter für 80 Prozent der älteren und erwachsenen Generation unserer Heimat.“⁶⁵ In dieser Leserzuschrift kommen zwei wichtige Stränge der Eupener Bürgermeisterfrage zusammen. Zum einen stellen sie die Frage, warum die Eupener CSP nicht an der Kandidatur Mießens festhielt. Schließlich hat ein ministerielles Rundschreiben keinen rechtsverbindlichen Charakter, d.h. wäre eine auf dieser Grundlage erfolgte Ablehnung der Kandidatur zumindest gerichtlich anfechtbar gewesen. Die meisten Spitzenleute der Eupener CSP glaubten, keine Wahl zu haben. Hierhinter stehen wohl drei Faktoren: Die CSP hatte als Partei mit extrem hohen Wahlergebnissen zwar eine fast uneingeschränkte Machtposition, doch erleichterte dies nicht unbedingt die Austragung von Konflikten innerhalb der Partei, da man nicht Gefahr laufen wollte, den einen oder anderen Flügel bzw. Wähler zu verlieren. Zudem dachten einige jüngere CSPler, ihre Chance sei nunmehr gekommen, und viele, ältere wie jüngere, glaubten wohl mit Henri Michel, dass es den Eupenern nicht gut zu Gesicht stehen würde, gegen den Willen der Regierung in Brüssel zu agieren, da dies ihr Lebenswerk, die Integrationspolitik der Ostkantone, in ein schlechtes Licht rücken würde.

Man kann kaum in Abrede stellen, dass sie damit zumindest die Wahrnehmung der deutschsprachigen Belgier durch die Behörden trafen. Denn Hoens und Clerdents Haltung in der Bürgermeisterfrage zeigt, dass sie einer politischen Selbständigkeit der Ostbelgier auch zwei Jahrzehnte nach dem Krieg noch nicht über den Weg trauten. Eupen war eben nicht Oostdinkerke oder Stekene, die Ostkantone waren nicht Flandern, hier lag die Latte dafür, ein guter Belgier oder, in diesem Fall, ein guter Bürgermeister zu sein, noch etwas höher als dort. Clerdents Haltung kann natürlich auch nur vor seinem Hintergrund als einer der

62) Offizielle Stellungnahme der CSP Sektion Eupen zur Eupener Bürgermeisterfrage, in: *Grenz-Echo*, 04.11.1965, S. 4.

63) Stellungnahme der Mehrheitsfraktion zur Eupener Bürgermeisterfrage, in: *AVZ*, 10.11.1965.

64) Joseph Gerckens, Eine kleine Tür blieb offen ..., in: *Grenz-Echo*, 29.11.1965, S. 4; Landespräsident als Vermittler in Eupen, in: *AVZ*, 29.11.1965.

65) Ein Eupener, Erwiderung auf das Eingesandt vom 18. 10., in: *Grenz-Echo*, 20.10.1965, S. 4. Ähnliche Argumentationen: Emer, der aus der Politik nicht schlau wird, Eine Frage an den Einsender vom 20. Okt. 1965, in: *Grenz-Echo*, 22.10.1965, S. 4.

bekanntesten belgischen Widerstandskämpfer verstanden werden.⁶⁶ Dazu kam, dass ehemalige Kollaborateure im wallonischen Landesteil ja – im Gegensatz zu Flandern – nicht nur strafrechtlich verfolgt, sondern oftmals auch sozial ausgeschlossen worden waren.

Die Eupener Bürgermeisterfrage war die letzte große Debatte, die noch im Rahmen des vom *Grenz-Echo* seit 1945 gehaltenen Meinungsmonopols ausgetragen wurde. Beim *BHF* hatten die „jungen Wilden“ um Hubert Jenniges und Peter Thomas, die sich resolut für die „Kulturautonomie“ einsetzten, noch nicht das Ruder übernommen. In der Ostbelgienbeilage der AVZ war Willy Timmermann gerade erst dabei, ein neues Profil zu entwerfen, das sich in Opposition zum *Grenz-Echo* schärfen sollte.⁶⁷ Ein erster Hinweis darauf ist die Tatsache, dass die „Mehrheitsfraktion“ um Reiner Pankert und Hubert Mießen ihre Stellungnahme in der AVZ publizierte. Das *Grenz-Echo*-Monopol und besonders der redaktionelle Zugriff Henri Michels auf die Bürgermeisterfrage schränkten darüber hinaus den Raum des Sagbaren ein. Weder wurde in den Debatten (mit der Ausnahme einiger Leserbriefe) konkret über Hubert Mießens Vergangenheit gesprochen, noch erhielten die Vereinigungen der Politischen Gefangenen ein Forum, ihre Position öffentlich zu machen. Zwar führte der „Fall Mießen“ vor Augen, wie viele unterschiedliche Kriegsbiographien es in Ostbelgien gegeben hatte, doch gab es keinen öffentlichen Raum für die Akzeptanz dieser schlichten Tatsache: Dazu standen sich die beiden Opfererzählungen im Ostbelgien der Nachkriegszeit oft zu unversöhnlich gegenüber. Auch die Hauptperson gab sich hier auffallend zurückhaltend. Über seine Motivation, sich nach seiner Verurteilung politisch zu engagieren, über seine eigenen Antworten auf die Fragen, die seine Biographie hervorgerufen konnte, blieb er zeitweilig wenig auskunftsfreudig. Vielmehr praktizierte er, was der amerikanische Historiker Fritz Stern das „feine Schweigen“ genannt hat.⁶⁸

Die langen Schatten der Kriegszeit waren noch deutlich spürbar und konnten noch immer direkten politischen Einfluss hervorrufen. In Ostbelgien begann eine jüngere Generation zu spüren, dass Dinge im Aufbruch waren, doch konnte auch deren Positionierung gegenüber der

66) Alexis Wilkin, Pierre Clerdent, in: Philippe Raxhion (Hg.), *Les Gouverneurs de la Province de Liège. Histoire d'une fonction, mémoire d'une action*, Brüssel, Marot, 2015, S. 170-181.

67) Sproten, Ostbelgien; Andreas Fickers, *Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt. Die ostbelgischen Medien als Akteure der Autonomiedebatte?*, in: Lejeune/Brüll, *Grenzerfahrungen*, S. 218-235, hier S. 228-232.

68) Fritz Stern, *Das feine Schweigen. Historische Essays*, München, C.H. Beck, 1999.

Vergangenheit schließlich darüber entscheiden, wie ihre politischen Zukunftsvorstellungen aussahen. So markierte die Eupener Bürgermeisterfrage das Ende von etwas, aber ohne dass man damals schon geahnt oder gar gewusst hätte, was danach kam.